

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Das Bevölkerungsgesetz und die Bewaldung.

II.

Es gilt sobald die Frage zu entscheiden, ob die Waldfläche noch stärker abnehmen darf, als sie in den europäischen Kulturländern bereits abgenommen hat, ohne die nötige Bewässerung und die Gesundheit der Einwohner zu schädigen. Es gilt mit andern Worten eine Grenze der Entwaldung wissenschaftlich festzustellen, bis zu welcher die Kulturzwecke der Menschheit ungefährdet bleiben.

Es ist bisher den Forschern noch nicht gelungen, zweifellos nachzuweisen, daß die Niederschlagsmenge mit der Größe der Waldfläche wächst. Man getraut sich bloß zu behaupten, daß mit der Entwaldung die Verteilung der Niederschlagsmenge nach Jahreszeiten und Jahrgängen in gefährlicher Weise unregelmäßig wird, daß also der Wald ein Regulator des Niederschlags sei. Wir wollen nun zuerst zeigen, daß auch der erste Satz wohl zweifellos feststeht. In Utah (dem Mormonen-Territorium) ist seit den dreißig Jahren der Besiedelung durch die Mormonen der Spiegel des Salzsees um zwanzig Fuß gesunken, trotzdem daß die hineinfließenden Bäche jetzt in Tausenden von Bewässerungskanälen über eine weite Fläche erschöpft werden. Die Erklärung dieses Räthfels ist mit Recht in der Bepflanzung dieser ganzen Fläche mit Obst- und an den Bächen und Kanälen mit Pappelweiden-Bäumen gefunden worden. Es wird so eine ausgedehnte frühere Wästenfläche stark beschattet. Im Schutze dieses Schattens küßt sich die Luft ab und setzt ihre, wenn auch geringe Feuchtigkeit in dem von Haus aus lockeren Boden ab. Das Grundwasser steigt infolge dessen und giebt an die Bäche und Kanäle mehr Wasser ab, als es durch sie empfangen hatte. Die zunehmende Ausdehnung des Salzsees schafft eine größere Verdunstungsfläche, was wiederum dem Waldwuchs der benachbarten schon stark geklärten Gebirge, also der Wasserfälle der Bäche zugute kommt. — Ähnlich im französischen Antheile der Sahara. Das Bohren von über 2000 artesischen Brunnen durch Regierungs-Ingenieure hat in diesem dazu sehr geeigneten Wästengebiete die Anpflanzung von mehr als einer halben Million Dattelpalmen erlaubt, in deren mageren Schatten andere Bäume und Feldfrüchte prächtige Dafen schaffen. Da, wo der Boden locker ist, steigt das Grundwasser in diesem Schatten, der Abfluß von den Brunnen nimmt zu, und die Pflanzungen dehnen sich aus. Hat man doch sogar seit Anlage des Suezkanals in dessen Umgegend, wo früher in vielen Jahren kein Regen fiel, Gewitterregen zunehmen sehen, seit die Ränder dieses und des Suezkanals mit Bäumen bepflanzt worden sind. Und ähnlicher Beispiele giebt es mehrere.

Hieraus, aus Experimenten, welche volle Beweiskraft haben, muß man schließen, daß tiefe Auslöcherung des Bodens und mäßige Beschattung desselben schon unter den ungünstigsten Umständen fehlende Mengen von Niederschlag bis zu einem gewissen Grade ersetzen können. Wir müssen eingehender die Rolle erörtern, welche hierbei einerseits die Beschattung, andererseits die Auslöcherung des Bodens spielen. In China hat seit vielen Jahrhunderten die Erfahrung, daß ein tief aufgelockerter Boden die Fruchtbarkeit steigert und jede Fehlerte verhilft, dazu geführt, daß alles Ackerland der östlichen Provinzen 6—8 Fuß tief rajohlt, daß dabei mehrere Bodensorten wohl gemischt und Kanäle und Entwässerungsgräben angelegt wurden. Es giebt nirgends in der Welt eine größere Ackerbaufläche mit gleich spärlichem Baumwuchs. Obendrein ist reichlicher Regenfall nur zweimal im Jahre, beim Wechsel der Monune, zu erwarten; man hat den langen Trocknissen der Zwischenzeit dadurch die Spitze abgebrochen, daß man künstlich Seen und Teiche mit den stehenden Gewässern verbunden und unterirdische Wasserbehälter zum Aufspeichern des Regens angelegt hat. Auch ohne allen dichteren Baumwuchs und Schatten ernährt das Land seine ungeheure Bevölkerung, wenn auch nur dürftig. Den lockeren Boden durchdringt die Luft, kann sich abkühlen und soviel Feuchtigkeit, als sie eben hat, darin zurücklassen. Was davon die tiefen, dringenden Saugwurzeln der Kulturpflanzen nicht brauchen, rinnt in die Entwässerungsgräben, vermehrt den Vorrath an Trinkwasser, erhält den Wasserstand der Kanäle hoch genug zur Frachtbootsfahrt, den der Teiche hoch genug zur künstlichen Fischzucht, ja zur Unterwasserirrigation der Reisfelder und zur Befruchtung des raschen Wachstums und der Ertragsfähigkeit der hochentwickelten Obstbaumzucht. In Chiwa dagegen und in andern Theilen Turkestans, sowie Persiens, wo der Regenfall äußerst gering und unzuverlässig, die Luft sehr wenig mit Wasserdampf gesättigt ist, verläßt man sich, um mitten in der Wüste eine leiblich dichte Bevölkerung zu erhalten, mehr auf den Baumwuchs und den Schatten, den er giebt, zumal der Boden lockerer Wästenland zu sein pflegt. Mächtige Flüsse sind ganz abgedämmt, um Bewässerungskanäle zu speisen; dann werden Obstbäume gepflanzt, und wie in deren Schatten das Grundwasser steigt, die Bestellung mit Feldfrüchten auch da vorgenommen, wo der Boden nicht befeuchtet werden kann. Die gewonnene größere Verdunstungsfläche giebt der trocknen Luft immerhin einigen Dampfgehalt.

Solchen Thatfachen gegenüber kann man nicht länger behaupten wollen, daß die Bewässerungsfrage für die jetzt unfruchtbarsten Länder der Erde unlösliche Schwierigkeiten bietet. Die Wissenschaft hat längst gelehrt, wie man die Regenmenge reichlicher machen, gleichmäßiger die Niederschläge über das Jahr verteilen, durch artesischen Brunnen uralte östliche unterirdische Wasservorräthe zu Tage bringen, Wasserleitungen für viele Millionen Menschen an jede geeignete Stelle bringen kann. Wenn dies unter den ungünstigsten Umständen möglich ist, warum sollte man unter den günstigen Umständen, welche für die heutigen Kulturländer obwalten, an einer vollkommenen Regelung der nötigen Wasserzufuhr verzweifeln? — Unter einer plan-

losen Waldverwüstung freisch, wie sie dort, zur Schande der Kultur, heute stattfindet, ist eine solche Regelung unmöglich; sie ist es aber keineswegs für eine Gesellschaftsordnung, unter welcher nicht mehr der Privatgewinn, sondern die Rücksicht auf fortschrittliche Kultur den Bodenanbau bestimmt; unter welcher nicht der Geldertrag, sondern die allseitigen Bedürfnisse des Gemeinwohls in allen Dingen den Ausschlag geben. Die Schwierigkeiten, welche der erwähnten Regelung entgegenstehen, liegen in der Armut an Geldmitteln, wie sie für so großartige Unternehmungen erfordert werden. Unter einer vernünftigen Gesellschaftsordnung aber besteht der Reichtum in ganz andern Dingen als heute — er besteht in der großen Bevölkerung, einer Bevölkerung von lauter wohlherzogenen, gemeinnütigen, vernünftigen Menschen. Je dichter die Bevölkerung, desto mehr wachsen die Mittel zu den großartigen Unternehmungen.

Eine planmäßige Waldwirtschaft im sozialdemokratischen Sinne wird mit noch weniger Waldfläche, als heutzutage vorhanden, jede nötige Wassermenge erzielen können. Neben dieser kommen noch andere Bedürfnisse in Betracht, welche uns der Wald erfüllt. Zunächst der Wuchs an Kug- und Brennholz. Auch diesen Bedarf kann eine rationelle Waldwirtschaft auf kleinerer Fläche als bisher liefern. Es ist wohl bekannt, daß auf einem tief aufgelockerten Boden Bäume wohl doppelt so rasch wachsen als auf einem Naturboden. Das jetzige Bedürfnis an Holz könnte also von halber Waldfläche in derselben Zeit gedeckt werden, wenn aller Wald — außer auf Wasserseiden — schlagweise ausgerodet, der Boden tief rajohlt, die Erdbarten wohl untermischt und dann frischer Wald gepflanzt würde. Damit müßte zugleich eine Entschwumpfung und Entwässerung vorgenommen werden.

Wir kennen die Einwendungen, welche von gelehrten Herren dagegen werden gemacht werden. Die erste ist die, daß alsdann der Regen zu rasch abfliehe, was bekanntlich Ueberschwemmungen, gefolgt von niederen Wasserständen der Flüsse, bewirkt. Allein gerade das Gegentheil wird durch die Erfahrung in China gelehrt. Die Baumwurzeln können tiefer in den lockeren Boden eindringen und einen Theil des Wassers auffangen; sie können tiefer liegende Felspalten erweitern und dem übrigen Wasser neue Wege in's Innere bahnen; sie bewirken also ein langsames Abfließen, eine Vereinerung der Quellen, ein allgemeines Steigen des Grundwassers, zumal wenn auch aller Ackerboden tief aufgelockert und gemischt wird.

Die österreichische Commission, welche die Ursache des Versinkens der Donauschiffahrt zu untersuchen hatte, findet die zu tiefen und zu hohen Wasserstände dadurch mit verursacht, daß man mehr und mehr Sümpfe entwässere, um Wiesen- und Ackerland zu gewinnen. Die Herren thun, als wüßten sie nicht, daß man Sümpfe am besten durch Bohrlöcher entwässert, und durch dieses Verfahren das Wasser in tiefere Bodenschichten leitet, von wo es viel langsamer abfließt. Denn wo Vertiefungen im Boden das regelmäßige Abfließen der Tagwässer hindern, bildet sich aus verwesten Thier- und Pflanzentoffen und ausgelagerten Mineralsalzen eine undurchlässige Bodenschicht, also ein Sumpf, in welchem nichts von Kulturgewächsen gut gedeihen kann. Die Durchbohrung dieser undurchlässigen Schicht ist also das einfachste Mittel, um Kulturboden zu schaffen und langsamen Abfluß der überschüssigen Tagwässer, also mehr gleichmäßigen Wasserstand der Flüsse zu erzielen.

Ein anderer gelehrter Professor der Botanik in Gießen meint, ein Kulturwald „sehe aus wie Wald, sei aber kein Wald“. Nur der Naturwald regle den ganz allmählichen Abfluß der Tagwässer und den mehr gleichmäßigen Wasserstand der Flüsse. Er hat aber bloß Recht gegenüber einem Kulturwald, dessen Boden nicht tief aufgelockert wird. Wenn das Tagwasser oberflächlich abgeleitet wird, um die jungen Baumpflanzen nicht durch Sumpfbildung verworren zu lassen; wenn der undurchlässig gewordene Untergrund nicht durchbohrt wird, so fließt die Hauptmasse des Niederschlags zu rasch ab, und es verschleichen sich die von früher dort gewachsenen Waldriesen in den Felsboden gebahnten Abfluspalten, weil der Druck des wachsenden Kunstwaldes die undurchlässige Schicht in dieselben hineinpreßt.

Derselbe Gelehrte (welcher nebenbei sehr merkwürdige Vorstellungen vom Wesen der Sozialdemokratie verrät, siehe Novemberheft der „Gaa“) meint, es sei unmöglich, waldlose Kalkgebirge zu bewalden, wie z. B. den Karst in Friaul und Dalmatien. Er geht sogar soweit, zu behaupten, es könne nie Wald auf den Kalkfelsen und Kalktrüben der Apenninen gestanden haben. Wir bedauern, hier seine Beweisgründe nicht widerlegen zu können. Die Wiederbewaldung kahler Kalkgebirge aber ist bei genügender Mittelreichthum in folgender Weise möglich. Man verwandelt durch Besprengung mit verdünnter Schwefelsäure den Kalkboden in Gyps, läßt, wenn dadurch eine mehrzellige Schicht Gypsstaub erzeugt ist, Kleefamen hinein und gießt die Aussaat so fleißig, bis die Kleefamen den Boden dicht beschatten kann. In diesen Boden pflanzt man in geringen Abständen Lärchen, Cedern und Cypressen, sowie andere Bäume, welche mächtige, tiefgehende Herzwurzeln in den Felsboden einsprengen, und ersetzt das Stiegenvieh durch Rindvieh. Voilà tout.

Gerade weil alle Kalkgebirge voll Höhlen mit aufgefangener Luftfeuchtigkeit sind, welche das fließende Wasser mechanisch ausspült, chemisch aufgelösten Kalk mitführend, gerade deswegen können dort artesischen Brunnen die erforderlichen Wassermassen für Pumpwerke liefern, welche durch vom nie fehlenden Winde getriebene Windmühlen wirken.

Gelegentlich mehr hiervon. Nur der sozialdemokratische Staat aber kann dergleichen Großthaten leisten.

Die Uebernahme der Feuerversicherung durch das Reich.

Von einem sozialistischen Reichstags-Mitglied.

Genosse Rittinghausen hatte in der letzten Session des Reichstags den sozialistischen Abgeordneten den Vorschlag gemacht, einen Antrag im Reichstag einzubringen, welcher bezweckt, das gesammte Feuerversicherungsweien auf das Reich zu übertragen. Seine Gründe waren einmal: dadurch zu verhüten, daß neue indirekte Steuern auferlegt oder bestehende erhöht würden, und dann, um zu bewirken, daß einem Theil der Bourgeoisie eine, seiner Auffassung nach, reichlich fließende Einnahmequelle verstoßt werde, und durch diese Uebertragung gewissermaßen ein Uebergangssystem anzubahnen, welches die allmähliche Auflösung der verschiedensten Einnahmequellen der Bourgeoisie durch das Reich herbeiführe.

Dieser auf den ersten Blick so bestehend erscheinende Plan wurde nach kurzer Erörterung von allen anwesenden sozialistischen Reichstagsmitgliedern gegen die Stimme Rittinghausen's verworfen. Die Mehrheit war der Ansicht, daß die Geldnoth, an der das Reich laborire, einzig dem Militärsystem zuzuschreiben sei, und daß die Sozialdemokratie, wolle sie nicht dieses System stärken und sich dadurch zu dessen Mitschuldigen machen, nie und nimmer die Hand dazu bieten dürfe, der herrschenden Gewalt aus der Verlegenheit zu helfen.

Man dürste annehmen, daß damit die Angelegenheit erledigt war, um so mehr, als Rittinghausen es unterließ, sich an die höhere Instanz, den Parteicongreß zu wenden und zu versuchen, diesen für seine Ansichten zu gewinnen.

Statt dessen trat Rittinghausen kurze Zeit nach dem Congreß in Geln und, wenn ich nicht irre, auch in andern rheinischen Städten in Volksversammlungen auf und setzte es durch, daß dort seinem Plane zustimmende Resolutionen angenommen wurden, die dann sogar in verschiedenen Parteiblättern bereitwillig Aufnahme fanden.

Die Gegner des Vorschlags schwiegen, sei es, daß sie, wie ich damals, momentan zu Zeitungsberichterungen keine Zeit hatten, oder auch, weil sie der Ansicht waren, es sei immer noch Zeit, den Vorschlag zu bekämpfen, wenn derselbe in greifbarer Gestalt dem nächsten Reichstag vorgelegt werden sollte. Der Einzige, welcher den Vorschlag öffentlich bekämpfte, war Genosse Schramm, der ihn in der „Wage“ hauptsächlich als Fachmann von der technischen Seite angriff, die meines Erachtens aber die viel weniger bedenkliche ist.

Genosse Rittinghausen hat darauf in Nr. 48 und 49 der „Wage“ in lebhafter Weise geantwortet und auf Schramm's technische Bedenken mit technischen Möglickeitsbeweisen aufgemauert, über deren Richtigkeit oder Unmöglichkeit ich zu urtheilen ich aus dem bereits angegebenen Grunde unterlasse.

Wie vorauszusehen war, antwortete Schramm wiederum Rittinghausen und zwar bereits in Nr. 50 der „Wage“, und stützte sich in dieser Antwort, mehr als es das erste Mal geschah, auf prinzipielle Bedenken ähnlicher Art wie oben angeführt.

Damit ist die Streitfrage zwischen diesen Beiden vermuthlich abgethan, nicht so für die Partei. Wie Rittinghausen erklärte, werden die rheinischen Genossen sich an den Reichstag wenden, und da könnte der Welt das Schauspiel geboten werden, daß mitten im Reichstag die sozialistischen Abgeordneten sich wegen eines Vorschlags bekämpfen, den der Eine als sehr praktisch und prinzipiell richtig verteidigt, während ihn die Andern als prinzipiell falsch und damit als unpraktisch bekämpfen. Denn im Grunde darf zwischen prinzipiell richtigen und praktischen Forderungen kein Unterschied bestehen, jede praktische Forderung muß sich mit unsern Prinzipien im Einklang befinden, und jede prinzipielle Forderung sich im gegebenen Moment praktisch verwirklichen lassen.

Da es nun gilt, zu verhüten, daß die Frage, auf ungünstigstem Boden ausgefochten, zu einer gegenseitigen Bekämpfung innerhalb der Partei führe und zwar, wie ich nicht erst zu betonen brauche, zum Gaudium unserer Gegner, so halte ich mich für verpflichtet, kurz nachzuweisen, daß die Forderung Rittinghausen's sowohl vom praktischen wie vom prinzipiellen Gesichtspunkte aus durchaus falsch ist und keine andere Wirkung haben kann, als unsere so einfache und klare Stellung im Reichstag zu verbunkeln, uns zu direkten Bundesgenossen von Leuten zu degradiren, die wir als Feinde zu bekämpfen alle Ursache haben, und eine an sich richtige Forderung, durch die unrichtige, aber einzig mögliche Ausführung, welche sie unter den gegebenen Verhältnissen haben kann, zu fälschen — durch alles dieses aber corrumpirend auf die Partei zu wirken.

Es ist selbstverständlich, daß ich damit keineswegs angedeutet haben wollte, Rittinghausen suche mit Absicht und voller Kenntniß der Konsequenzen seines Antrags ein solches Ziel zu erreichen, ich habe im Gegentheil die Ueberzeugung, daß er im besten Glauben und einzig und allein in der Absicht, der Partei und dem arbeitenden Volke zu nützen, handelt. Rittinghausen ist mit solcher Leidenschaft für seinen Antrag eingenommen, daß er dessen große Mängel gänzlich übersehen hat.

Betrachten wir die Gründe näher, aus denen Rittinghausen's Antrag für uns unannehmbar ist.

Nach ihm soll die Ausführung seines Antrags eine Summe abwerfen, bedeutend genug, um die erheblichen Matricularumlagen, welche nach der Reichsverfassung die Einzelstaaten jährlich nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung in die Reichskasse zu zahlen haben, so weit die eignen Einnahmen des Reichs nicht reichen, erheblich zu vermindern, oder, falls die Anforderungen des Militärbudgets sich steigern, wie das ja thatsächlich bei jedem Jahr der Fall war und dieses Jahr wieder sein

wird, dadurch zu verhindern, daß das Mehrbedürfnis durch neue indirekte Steuern oder Erhöhung der alten gedeckt wird.

Wie liegen nun die Dinge. Nach der Reichsverfassung fließen in das Reichsbudget die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, der Branntwein- und Biersteuer — mit Ausnahme der Einnahmen, welche Bayern, Württemberg und Baden aus der Bier- und Branntweinsteuer entnehmen, und mit Ausnahme der Postüberschüsse, welche Bayern und Württemberg erzielen, wofür diese Staaten entsprechend höhere Matrikularumlagen in die Reichskasse zu zahlen haben — ferner der Salzsteuer, Rübenzuckersteuer, der Wechselstempelsteuer und den Ueberschüssen aus dem Post- und Telegraphenwesen und den Reichseisenbahnen. Die Staaten, wie Hamburg, Lübeck, Bremen, Mecklenburg etc. und einzelne Theile Preussens, welche nicht zum Zollverein gehören, haben statt der Zolleinnahmen sog. Aversa nach der Kopfzahl der Bevölkerung zu leisten. Was nach Zusammenstellung aller dieser Einnahmen noch fehlt zur Deckung der Reichsbedürfnisse, wird durch die Matrikularumlagen aufgebracht.

Alle die bezeichneten Steuern und Einnahmeüberschüsse aus den Reichsinstitutionen (Post, Telegraphie etc.) sind feststehende Einnahmen, über die der Reichstag gar nicht zu beschließen hat, die er nur prüfen darf, was ein sehr harmloses Recht ist. Das Budgetrecht (Steuerbewilligungsrecht), das aller wichtigste Recht, das eine Volkvertretung haben kann, beschränkt sich also bei dem Reichstag thatsächlich nur auf die Bewilligung der Höhe der Matrikularumlagen. Werden diese Matrikularumlagen durch feststehende Einnahmen, wie der Rittinghaus'sche Antrag eine schaffen will, beseitigt, so ist der Reichstag in Budgetfragen nur noch eine reine Null und kann ruhig zu Hause bleiben.

Diese Erkenntnis ist es, an welcher bisher alle Steuerforderungen Bismarck's, selbst bei den Nationalliberalen, gescheitert sind, und sie werden so lange scheitern, als die Nationalliberalen nicht ihre Männer ins Ministerium bringen — wie es eben geplant ist und wofür die Unterhandlungen Bismarck's mit Bennigen abzielen. Dann bewilligen sie jede Forderung.

Wie kann aber die Sozialdemokratie zu einer solchen Zustimmung der Volkvertretung die Hand bieten? Wie kann man uns zumuthen, dem Fürsten Bismarck aus der Verlegenheit zu helfen?

Man würde einen solchen Vorschlag aus unseren Reihen gar nicht für möglich halten, läge er nicht schwarz auf weiß vor.

Haben wir nicht bisher das Militärsystem, wie das System, auf dem das Reich überhaupt beruht, bekämpft? Haben unsere Abgeordneten darum nicht stets das Budget abgelehnt? Hat man sie nicht im Vertrauen auf diese ihre Haltung gewählt? Und wären wir nicht genöthigt, durch Annahme des Rittinghaus'schen Antrags den bisherigen Boden zu verlassen, nachdem wir selbst dem Fürsten Bismarck die neuen Geldquellen zur Unterstützung seines Systems apportirt? Ja apportirt, das wäre für ein solches Betragen der einzig richtige Ausdruck, und wir dürften uns nicht beschweren, wenn uns hintennach für unsern guten Willen auch die entsprechenden Hiebe mit der selbst gebundenen Ruthe zu Theil würden.

Ein Sprüchwort sagt: wer A gesagt muß auch B sagen; die Annahme des Antrags Rittinghaus's wäre ein riesengroßes, weithin leuchtendes A, aber unsere politische Ehre würde von ihm, fürchte ich, nicht schon beleuchtet werden.

Rittinghaus'wen wendet vielleicht ein, wir könnten aber nicht verhindern, daß schließlich neue indirekte Steuern geschaffen würden und dann habe das Volk den Schaden.

Haben wir denn das Militärbudget geschaffen? Und sollen wir es jetzt durch Steuerbewilligungen unterstützen, weil die große Mehrheit der Wähler bisher so beschränkt war, Leute als Volkvertreter zu wählen, die solche Zustände schufen? Ist diese Mehrheit mit diesem System einverstanden, so mag sie auch die Kosten tragen; wer nicht begreifen will, muß fühlen. Wollen wir diese jetzt noch blinde Mehrheit auf unsere Seite ziehen, so müssen wir die Verderbtheit des Systems vor ihren Augen enthüllen, das können wir aber nicht, wenn wir, weil wir einen Schaden nicht verhindern können, ihn durch unsere Maßregeln noch verstärken und vergrößern.

Wir haben bisher die indirekten Steuern nicht bewilligt und wir würden auch die direkten nicht bewilligen, wenn sie gefordert würden. „Diesem System keinen Groschen“, daran halten wir fest. Haben wir nicht seiner Zeit sogar die Börsensteuer abgelehnt, obgleich diese wahrhaftig nicht die Arbeiter traf? Und warum thaten wir es? Nicht nur, weil alle anderen Steuern erhalten bleiben sollten, sondern weil diese Steuer auch zu neuen unproduktiven volksfeindlichen Zwecken verwendet werden sollte. Wenn man also selbst das Mittel billigen wollte, so mißbilligen

wir den Zweck, und da wir über den Zweck nicht entscheiden konnten, so verweigerten wir auch das Mittel.

An dem Tage, wo ein Antrag wie der Rittinghaus'sche durch uns Annahme fände, könnten wir unser Programm in die Tasche stecken, unsere Fahne zusammenrollen und uns still bei Seite „drücken“. Für solche Leistungen braucht uns das Volk nicht, da sind andere Parteien vorhanden, die nach dieser Richtung hin mehr zu leisten vermögen.

Und nun noch eine Frage. Ist die Feuerversicherung, sobald sie nach Rittinghaus's Vorschlag Staats Sache wird, nicht auch eine indirekte Steuer? Welche Versicherungsgegenstände bringen die Hauptsummen ein? Die Bauflichkeiten. Und diese Ausgaben werden in den Mietzsen bezahlt. Und was würde weiter die Folge sein, wenn der Staat die Feuerversicherung als Einnahmequelle erhielt? Er würde natürlich suchen, diese Steuer möglichst ergiebig zu machen, und es würde bald ein Gesetz er scheinen, das jeden Staatsbürger zu versichern zwänge. Die ärmste Proletarierfamilie würde so zu weiteren Ausgaben für Militärzwecke gezwungen.

Ob Rittinghaus'wen das will oder nicht, darauf kommt es nicht an; wir könnten den Mißbrauch nicht verhindern, so wenig wir den Gebrauch vorzuschreiben im Stande sind.

Aber, höre ich weiter einwenden, wir würden der Bourgeoisie eine Einnahmequelle nehmen und verhäßen einem Prinzip zur Geltung, das uns sehr in die Hände arbeitet.

Falsch. Weder das Eine noch das Andere würde geschehen. Können wir die Majorität des Reichstags, die aus Vertretern der Bourgeoisie besteht, nöthigen, gegen das Bourgeoisinteresse zu handeln? Hält man die Mehrheit für so naiv, daß sie in eine so plump gelegte Falle ginge? Bisher liegt keine Handlung vor, die eine solche Vermuthung rechtfertigte, sehr viele aber vom Gegentheil.

Gelegt den Fall, die Mehrheit des Reichstags erklärte sich für den R.'schen Antrag, wie ja viele im Reichstag auch für das Reichseisenbahnprojekt schwärmen, was würde dann geschehen? Man würde die jetzigen Feuerversicherungsgesellschaften durch hohe Summen entschädigen, ganz wie man das bei den faulen Eisenbahngründungen hofft, und die Herren wären mit dem so erlangten Gelde in der Lage, das Ausbeutungsgeschäft auf einer andern Seite um so flotter betreiben zu können. Sollte es in unserer Partei Klauwe geben, welche glauben, auf solche Weise die Bourgeoisie vermindern oder beseitigen zu können? Hat der Sozialismus einmal die Macht, seine Wünsche in der Volkvertretung durchsetzen zu können, dann wird er sich mit Halbheiten nicht begnügen; so lange er sie aber nicht hat, soll er nicht zu Experimenten seine Kräfte leihen, die ihn nur blößen und ihm Schaden, günstigsten Falles absolut nichts nützen. Oder glaubt man dem Sozialismus auf die Beine zu helfen, daß man ein Demonstrationsojekt schafft, an dem man beweisen kann: Seht, das leistet euch der Staat?

Solcher Demonstrationsojekte bedürfen wir nicht mehr. Da haben wir Post und Telegraphie, Staatsbahnen, Bergwerke, Salinen und Wäldungen, das stehende Heer sogar läßt sich dafür verwenden. Denn so theuer es uns zu stehen kommt, ich bezweifle sehr, daß eine Aktiengesellschaft, etwa unter Leitung des Herrn v. Bleichröder oder des Herrn Miquel, bei gleicher Quantität und Qualität wie jetzt, es ebenso billig wie der Staat verwalten würde. Also an Beweisgegenständen fehlt es nicht, zur Vertheilung auch noch Staatsfabriken (Gewerksfabriken, Kanonengießereien, Eisenbahnfabriken etc.), wie in der Commune sich Gas- und Wasserleitungsanstalten, Theater und Verlesungshäuser etc. finden.

Es ist überhaupt sehr bedenklich, ohne strenge Verwahrung und sehr bedingte Einschränkung an Staatseinrichtungen, wie die Post etc., das Praktische und Durchführbare des Sozialismus den Uneingeweihten beweisen zu wollen. Günstigsten Falles läßt sich damit nur beweisen, daß bei dem heutigen Staatsbetrieb dieselben Grundsätze maßgebend sind, wie bei dem bürgerlichen Großbetrieb, daß ersterer, wenn gut geleitet, verhältnismäßig gerade so billig ist, wie ein gut geleitetes Privatunternehmen. Damit hört aber auch der Vergleich für den Sozialismus auf, denn beide sind Ausbeuter-Unternehmungen und es fällt dem gewöhnlichen Mann nicht leicht, sich klar zu machen, daß er in der sozialistisch organisirten Gesellschaft etwas ganz anderes ist, als ein Staatsproletarier in einer Staatseinrichtung des heutigen Klassenstaats.

Gerade die traurige Stellung, welche die meisten Staatsbediensteten gleich den Privatbediensteten einnehmen, macht einen Hinweis auf heutige Staatseinrichtungen keineswegs verlockend und sehr beweiskräftig, und die Thatsache, daß wir für die Erhöhung der erbärmlichen Gehälter der Post- und Bahnbeamten etc. eintreten müssen, sollte davor warnen. Wir gewinnen diese Beamten dadurch allmählich, aber wir gewinnen sie nicht als

Beamte, sondern als Proletarier, und als solche sind sie uns im Privatdienst leichter zugänglich als im Staatsdienst. Die heutigen gewerblichen Staatsunternehmungen haben mit dem Sozialismus nichts weiter gemein als den Namen, und dieser täuscht.

Einer Uebertragung gewerblicher Unternehmungen auf den Staat kann der Sozialismus unter den heutigen Verhältnissen nur dann das Wort reden, wenn sie wirklichen Kulturzwecken dienen und die Ueberschüsse derselben, nachdem diejenigen, die sie erzeugt, nach den gegebenen Verhältnissen auskömmlich bezahlt sind, für Förderung weiterer Kulturzwecke verwandt werden. Unter diesen Bedingungen dürften die Ueberschüsse sehr schnell zu sein. Oder wenn, wie in dem vorliegenden Falle, die Ueberschüsse der Feuerversicherung den Versicherten selbst wieder nach Maßgabe ihrer Einzahlungen rückvergütet würden, wie das in jeder auf Gegenseitigkeit beruhenden Feuerversicherungsgesellschaft thatsächlich der Fall ist.

Der Staat soll und darf nicht wie der Bourgeois Geschäfte machen, am allerwenigsten um dadurch kulturfeindliche Einrichtungen zu unterhalten. Da aber ohne Ueberschüsse der Rittinghaus'sche Antrag seinen Zweck verfehlt, also für das Reich überflüssig ist mit Ueberschüssen aber kulturfeindlich wird, ist er von der Sozialdemokratie ohne Frage zu bekämpfen. Jede Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit in Privathänden nähert sich dem sozialistischen Prinzip mehr, als das Rittinghaus'sche Projekt in den heutigen Staatshänden.

Ob Genosse Rittinghaus sich durch diese Einwendungen eines Besseren überzeugen läßt, weiß ich nicht. Sache der Genossen im Rheinland, die ohne gründliche Prüfung sich durch den Rittinghaus'schen Antrag bestechen lassen, wird es sein, die Einwendungen sorgsam zu prüfen und einen Antrag zurückzunehmen, dessen öffentliche Erörterung im Reichstag sie und die Partei bloßstellt.

Die Redaktion des „Vorwärts“, in der ja auch zwei „Reichstagsabgeordnete“ sitzen, hat es bisher nicht für nöthig gehalten, sich in die Polemik über den Rittinghaus'schen Antrag einzumischen. Dringend ersuchen wir die Sache schon deshalb nicht, weil wir wissen, daß die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag unter allen Umständen in einheitlicher Weise vorgehen wird. Rittinghaus'wen können wir doch unmöglich das Recht abprechen, für seinen Vorschlag zu agitiren; daß er ihn nicht gegen den Willen der übrigen sozialistischen Abgeordneten einbringen wird, hat er bereits ausdrücklich erklärt — obgleich wir eine solche Erklärung kaum für nöthig gehalten hätten. (R. d. B.)

Sozialpolitische Ueberfahrt

Ein reaktionärer Beschluß des preussischen Obertribunals. Durch § 166 des Strafgesetzbuchs, welcher die Beschimpfung einer der christlichen Kirchen resp. einer Religionsgesellschaft unter Strafe stellt, soll, nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 6. Dezember 1877, einerseits nicht die persönliche Ehre, sondern das religiöse Gefühl der dort bezeichneten Religionsgesellschaften geschützt werden, und andererseits können nach diesem Paragraphen die Kirchen und Religionsgesellschaften ebenso wohl durch einzelne Ausdrücke von objektiver herabwürdigender Bedeutung, wie durch die Tendenz und den Zusammenhang ganzer Artikel, selbst wenn diese in der Form der Kritik sich darstellen, beschimpft und verächtlich gemacht werden. — Was sagen unsere „Kulturkämpfer“ dazu? Jetzt geht's auch ihnen an den Krügen. —

In Oesterreich streben selbst die gemäßigt-liberalen Parteien der einjährigen Dienstzeit für alle Dienstpflichtigen zu. Sie beziehen sich darauf, daß allerdings eine Herabminderung von 800,000 auf 600,000 Soldaten für die Rolle, welche Oesterreich bei den gegenwärtigen Verwicklungen spielt, angemessen sei; daß aber die Regierung von der Bifferhöhe nichts ablassen werde, sei gleichfalls sicher. Deshalb könne nur die einjährige Dienstzeit helfen, die eine Höhe von 800,000, ja 900,000 Soldaten zulasse und doch die Steuerzahler erheblich entlaste. Die türkischen Soldaten, deren Tapferkeit, Umsicht und Geschicklichkeit man überall bewundert, haben im Durchschnitt kaum ein halbes Jahr gedient. Die längere Dienstzeit ist immer lediglich gegen den „innern Feind“ gerichtet.

Wir erhalten von unserem Berliner Correspondenten folgende Zuschrift: In einer meiner letzten Correspondenzen machte ich, natürlich unter berechtigten Zweifeln, darauf aufmerksam, daß von Seiten des Bundesraths noch in letzter Stunde eine, wenn auch nur partielle Beschickung der Pariser Ausstellung geplant würde. Nun entpuppt sich die Nachricht dahin,

Testament Alles und Alles zusammenfaßt mit den Worten: „Kindlein ertraget Euch unter einander!“ So malt denn uns alle Hoffnungssträume zuletzt des vornehmen Odoardo Lied für die in Europa Bleibenden:

bleiben, Gehen; Gehen, bleiben,
Sei fortan dem Tüchtigen gleich. —
Wo wir Nüchliches betreiben,
Ist der wertheste Bereich.
Dir zu folgen wird ein Leichtes;
Wer gehorcht, der erreicht es;
Zeig' ein festes Vaterland —
Heil dem Führer! Heil dem Band!

Du vertheilst Kraft und Würde
Und erwägt es ganz genau;
Giebt dem Alten Ruh' und Würde,
Jünglingen Geschäft und Frau.
Wechselseitiges Vertrauen
Wird ein reinlich Häuschen bauen —
Schließen Hof und Gartenzaun —
Auch der Nachbarschaft vertrauen.

Wo an wohlgebahnten Straßen
Man in neuer Schenke weilt,
Wo dem Fremdling reichermaßen
Ad'erseld ist zugetheilt:
Siedeln wir uns an mit Andern,
Gilet, eilet einzuwandern
In das feste Vaterland! —
Heil dem Führer! Heil dem Band.

Erörtern wir diese Verse, so scheinen sie nichts als eine erweiterte Ausführung zu sein jenes kurzen berühmten Doppelverspaars aus dem letzten irischen Monologe Faust's:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß“ (d. h. täglich erarbeiten!)
„Und so verbringt, umrungen von Gefahr,
Hier Kindheit, Mann und Greis, sein tüchtig Jahr.“

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philologisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.

(Fortsetzung.)

Anders als diese Sonnensystemdurchleuchtete ist Jarno Montan's terrestrische Freundin, die er mit Uydien und Phälinen als wunderbares Gegenstück zu Mafarien mitbringt. Sie fählt magnetisch verborgene Quellen, zittert wenn sie über Metalladern geht, die lastertief im Erdreich schimmern, ihrem Gefühl so sichtbar oder doch wahrnehmbar, wie uns die elektrischen Fluida nach Funkenblitz und Nervenerstatterung. Ausgeführt hat Goethe dies Mysterium nicht; aber mich freut das gerade, denn eben die Perspektive in diese Abgründe der dunklen und unbekanntem Natur des Doppelwesens, das da Mensch heißt, macht mir poetisch einen viel tieferen Eindruck, als breite Wortmalerei vermöchte.

Also Mafarie: äthergetränkt — sonnig-licht; Montan's Freundin: ganz tellurisch-dampf, grund- und bodengenährt — erdbeeinflusst.

Nun aber schwebt zwischen Himmel und Erde die viel zu bulden und wirken bestimmte Menschheit. Ihr Sinn ist auf Zweies gerichtet nach einem bekannten Goethe'schen Distichon: Leben und Kinder erziehen.

Die wahrhaft humane Form nun der zukünftigen Menschengesellschaft malt der Dichter in prophetischen Traume uns so aus: einst wird die ganze Erdbewohnerschaft einen Arbeiterbund, eine Coöperationsgenossenschaft bilden; auf gemeinsame Kosten erziehen sie die Kinder in einer besondern Provinz, die ein ungeheurer Kindergarten ist. Das nachzulesen, wie diese pädagogische Provinz eingerichtet sein soll, das muß ich dem Leser ganz überlassen. Es ist breit und klar geschildert im II. Buch. . . . Der künftige Erdenstaat selbst ist dagegen, wie Jeder sich denken wird, nur in den allgemeinsten Umrissen, aber markig und deutlich gezeichnet, nämlich: 1) aller und jeder Standesunterschied ist aufgehoben, 2) alle und jede nützliche Arbeit ist gleichberechtigt, 3) der ganze Staat ist auf Geistes- und Körper-Arbeitskraft begründet! J. B. also (um ein kleines Charakterstrichlein zu capiren) sind außerordentlich viele Uöhren allerorts aufgestellt, die

jede Viertelstunde heil anschlagen, denn: die Zeit ist unberechenbar wichtig!! Doch Glocken fehlen mit ihrem buddhistisch-christlichen Gebimmel! — sowie auch ohr- und hirnbedäufende Trommeln; nur Musikinstrumente begleiten die Menschenstimme! Jedes Instrument aber hat seinen abgeordneten Uebungs- und Lehrbezirk, fernab von den sonstigen Wohnstätten. — Ferner: der Turnunterricht ist verbunden mit geistigen Uebungen in regelrechter Abwechslung. Die Heiligthümer sind in einen besondern Bezirk eingeschlossen, selten nur den Höglingen zugänglich. Keine Religion, die sich auf Furcht gründet, wird hier geachtet. Die muthige Obrigkeit duldet nie ein Glib des Staatsganzes außerhalb seiner Sphäre. Dreifache Ehrfurcht: wird Allen eingepreßt: vor dem was über — was unter — was um uns ist. „Aus diesen Dreien entspringt die oberste Ehrfurcht, die vor sich selbst, und jene Drei entwickeln sich abermals aus dieser, so daß der Mensch zum Höchsten gelangt, was er zu erreichen fähig ist: daß er sich selbst für das Beste halten darf, was Gott-Natur hervorgebracht; ja daß er auf dieser Höhe verweilen kann, ohne durch Dünkel und Selbstheit wieder ins Gemeine gezogen zu werden.“ — So erzogene Menschen hält bloße Form und Sitte schon in Ordnung. Justiz ist daher nicht vorhanden, aber wohl Polizei, die nur den einzigen Grundfah kennt: Niemand soll dem Andern unbequem sein — sonst wird er beseitigt, bis er begreift, wie man sich anstellen muß. In jedem Bezirk sind drei Polizeidirektoren, die alle acht Stunden wechseln — schichtweis! Die höchste Obrigkeit ist nie an einem Ort, sie zieht beständig umher wie einst die deutschen Kaiser. Sie allein darf mißbilligen, strafen, aber auch nicht ohne Beziehung von Geschwornen; alle Strafen sind einfach: Absonderung, länger und kürzer, stets mit Beschäftigung! Alles Einzelne bleibt Problem — wie dürft's der Dichter anders sagen? „In der Mitte bleibt das Problem liegen, unerforschlich vielleicht, vielleicht auch zugänglich, wenn man's danach anfängt.“

Ein Traum, von einem höhern Genius geträumt, ist jedes Phantastiegebilde. Ein Traum ist Goethe's Utopie. Der Sinn aber, in dem dieses Utopien vorgeführt wird, gleicht dem Sinne jedes Philantropen, der da von Keinem predigt das ewig alte Evangelium der Liebe, das, wie Lessing sagt, in St. Johannis

daß der Bundesrath den deutschen Ausstellern eine Frachtleistung der Ausstellungsgegenstände auf den Staatsbahnen und den unter Staatsaufsicht stehenden Linien zugelegt hat und zwar dahin, daß der Rücktransport nicht verkaufter Gegenstände frachtfrei sein soll. Das ist die ganze Beteiligung des Bundesraths und des deutschen Reichs an der Ausstellung. Köchten, dem entgegen, nur recht viele deutsche Industrielle im eigenen Interesse und aus Patriotismus und im Interesse der deutschen Industrie die Pariser Weltausstellung besuchen!

— Politische Heuschrecke. In Frankreich ist jüngst ein Offizier abgesetzt worden, weil er einem Befehl, der ihm verfassungswidrig erschien, nicht gehorchen wollte und keine Lust hatte, gelegentlich auf das Volk zu schießen zu lassen. Darüber sprach Louis Blanc vor einigen Tagen in einer Versammlung von Pariser Gemeindevorstellern und sagte u. A.:

„Gibt es wohl etwas Traurigeres, sagte er, als die Thatfache, daß man den Major Labordere, weil er erklärte, seinen Degen nicht im Dienste eines Staatsverbrechers besetzen zu wollen, zur Disposition gestellt hat? Daß vom 16. Mai bis zum 14. Dezember eine permanente Verschwörung bestanden hat, die auf die Veränderung der Regierungsform abzielte, müssen wir auch ohne Enquete schon nach der blutdürstigen Sprache der Blätter der anti-republikanischen Coalition, nach ihren wüsten Appellen an die rohe Gewalt glauben, und das ist gewiß schon sehr bedenklich; aber der Streich, welcher dem Major Labordere gerade von den Männern verhängt wurde, in deren Interesse er sich im Voraus geworben hat, bei einem Rechtsbruch mitzuwirken, ist etwas noch Bedenklicheres. Welcher Soldat soll sich nicht jetzt im Voraus zur Ausführung aller Verbrechen verurtheilt glauben, da er sich doch auf jeden Befehl, den er erhält, sagen muß: Wehe Dir, wenn Du nur im Geringsten zauderst! Denn selbst wenn Diejenigen, die nicht mitwürgen wollen, das Feld behaupten, würden sie Dich dafür bestrafen, daß Du nicht mitgewürgt hast! Wer erkennt nicht, daß eine solche Praxis den finsternsten Complotten einen sicheren Erfolg verspricht und Freiheit, Vermögen und Leben Aller einem Einzigen preisgibt, der, an der Spitze der militärischen Hierarchie stehend, nur zu sprechen braucht, um sich der ganzen Armee als einer Maschine zum Jermalmen der Köpfe zu bedienen? Warum haben die Männer vom 16. Mai ihre Verwegenheit nicht bis zu einem Staatsstreich getrieben? Wahrscheinlich weil sie, wie man sagt, der Armee nicht sicher waren.“

Vortrefflich, wenn sie aber der Armee sicher gewesen wären, was wäre dann nach der Doktrin, welche die Regierung vom 14. Dezember auf den Major Labordere angewendet, aus der Republik, der Freiheit, dem Lande und dieser Regierung selbst geworden? Ich weiß die abgedroschenen Antworten, welche die Anhänger des passiven Gehorsams auf diese Fragen zu geben pflegen; ich weiß, daß nach ihrer Meinung die Mannszucht im Heere eine blinde, taube, nöthigenfalls sogar blödsinnige und thierische sein muß; ich kenne den Ausspruch des Generals Changanier: „Der Offizier ist für den Soldaten das leibhaftige Gesetz“, und ich habe Herrn Dupanloup im Verdacht, sich nicht zu erinnern, daß die Kirche unter ihre Heiligen die christlichen Soldaten versteht, welche in dem heftigsten Kampfe zwischen dem erstehenden Christenthum und den römischen Kaisern sich weigerten, den Götzenbildern zu opfern. Ohne Disziplin keine Armee, mag sein. Welchen Schluss soll man aber daraus ziehen, wenn die Disziplin nicht gebrochen werden soll und es andererseits theurer zu stehen kommen würde, wenn man sie immer und unter allen Umständen respektirte? Der Schluss ist der, daß die Armee niemals zur Bewältigung innerer Unruhen verwendet werden sollte, daß man sowohl für die Sicherheit des Volkes als für die Sittlichkeit der Armee selbst den Soldaten niemals zwingen soll, zwischen seinen Pflichten als Militär und jenen als Bürger zu wählen, daß die Armee dazu bestimmt ist, den Landesboden zu verteidigen und nicht der Polizei als Stütze zu dienen (Rufe: Sehr gut!), daß vielmehr den zu einer Nationalgarde vereinigten Bürgern das Recht und die Pflicht obliegt, die Ruhe der Stadt und die Freiheiten der Nation zu beschützen.“

Ganz vortrefflich. Wir unterschreiben jedes Wort. Wer aber sah ruhig mit zu, ja wer billigte es ausdrücklich, daß die Armee im Mai 1871 zur schneidlichsten Schlächterrolle verwendet und gegen das, obendrein vollkommen in seinem Recht befindliche Volk von Paris verwendet wurde? War es nicht ein gewisser Louis Blanc, Exsozialist und Exdemokrat, jetzt Spießgeselle des Erzreaktionärs Dufaure und des prinzipiosen Stellenjägers Gambetta?

— Ausländische Stripes. In Angers (Frankreich) ist ein Strike der Schuhmacher ausgebrochen an dem 400 Gesellen beteiligt sind. — In Genua (Italien) stricken die Rutzcher

Deutschler also: „das Vaterland“, singen die Brüder des Arbeiterbundes, „ist da, wo der Tüchtige seine Kräfte würdig verwenden kann.“ Vaterlandlos im Treitschke'schen Knabenweisheitsinne scheint Goethe bis zum letzten Lebensjahre gewesen zu sein! Aber mehr noch! Man höre und staune. Die Gesellschaft selber vertheilt die Kraft und ihre richtige Anwendung wie die Bürde nach dem Bedürfnis des Allgemeinen, dem Jeder sich, Jedermann insgesammt und jeder Einzelne, ohne eine einzige Ausnahme, als Gemeinbediener, als Mitbeamter und Angestellter des großen menschlichen Gemeinwesens, unterzuordnen hat. Die Gesellschaft natürlich erwägt das ganz genau und der Einzelne hat sich zu fügen, wie 90 Prozent der jetzigen Einwohner Europas ja auch sich fügen müssen dem Gebote der „Arbeitgeber“.

(Fortsetzung folgt.)

— Nochmals Dr. Hopprediger Stöder. Dieser christliche Biedermann veröffentlicht in der „Nationalzeitung“ eine zweite Erklärung, die also lautet:

„Geachte Redaktion! Sie haben mich in der Sache der am 3. Januar abgehaltenen Volksversammlung schon einmal das Wort gestattet; erlauben Sie mir auch der „Berliner Freien Presse“ gegenüber, die meine in Ihrem Blatte ergebene Verurteilung citirt, einige Bemerkungen.“

Die „Freie Presse“ leugnet, daß Herr Rost mit seinem poetischen Citat den Nord proklamirt habe und beruft sich dafür — als einzigen Beweis! — auf das Nichteingreifen des überwachen Beamten. Dieser Beweis genügt nicht. Das Wort: „Macht eure Rechnung mit dem Himmel, eure Uhr ist abgelaufen“ hat Herr Rost nicht der Kirche, sondern den „Pöffen“ zugeworfen; aber dies Wort sagt bekanntlich Teil zu Gesähter, ehe er den Leiden erwarbet. (!) In der sozialdemokratischen Literatur ist eine zum Nord proklamirte Benutzung des Zitat nicht neu. Unter den „Gedichten und Reden freimüthiger und sozialdemokratischer Tendenz“ (Jülich, 1872) findet sich folgender Vers: „Wohl von allen Kirchen die allerliebste mir, Ist die Zeit's-Kapelle die allerliebste mir, Nach ihr Patron gefüllt mit am allerbesten noch, Weil er sein Volk befreit so früh von hartem Joch, Gäh's doch statt aller Kirchen nur solche Kapellen bloß, Dann wäre auch die Welt von tausend Gesähtern los.“

wegen Tarifdifferenzen. — Der von uns schon erwähnte Strike in Biella (Italien) währt noch fort und nimmt größeren Umfang an. Das Militär hat die Bewachung der Establishments übernommen und die Polizei vollzieht Verhaftungen. — Ueber die Cigarrenarbeiterstrike in Newyork berichtet die dortige „Arbeiterstimme“, daß derselbe jetzt in die kritische Phase getreten sei, wo es sich nur noch um eine kurze Zeit des Ausharrens handle, um ihn siegreich für die Arbeiter zu beendigen. Wenn sämtliche Gewerkschaften ihre Pflicht thun — ist der Strike gewonnen. Wenn nicht — nicht!

— In Italien ist Lamarmora gestorben, Verfasser der berühmten Schrift: „Ein wenig mehr Licht!“, und Enthüller der famosen preussischen „Stoß ins Herz“-Note. Unsere Reptilpresse bewirft noch den Todten mit Noth, was dem Mann nur zur Ehre gereichen und der Thatfache keinen Abbruch thun kann, daß alle von ihm veröffentlichten Aktenstücke ächt waren. Daher die Wuth. Wäre er ein Fälscher gewesen, dann hätte sich das Reptilgeschindel leicht mit ihm abgefunden und befreundet, wie mit anderem Fälschergschindel.

— Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Rußen und Türken haben (wir schreiben das am Sonntag) noch nicht einmal begonnen; die Türken sind bereit in die Verhandlungen einzutreten, aber die Rußen, die vor Forcierung des Balkan ein Interesse hatten, einen Waffenstillstand zu suchen, haben jetzt, wo ihnen der Weg nach Adrianopel so ziemlich offen steht, umgekehrt ein Interesse, den Waffenstillstand möglichst hinauszuschieben und die Frist nach Kräften militärisch auszunutzen.

Es scheint sicher, daß die englische Regierung der Pforte zum Eintritt in Waffenstillstandsverhandlungen gerathen hat, mit der Absicht, Rußland auf diese Weise zur Bekanntheit seiner Friedensbedingungen zu nöthigen, die es bisher hartnäckig verschwiegen hat — aus guten Gründen. Jedenfalls hätte man sich vor allzu sanguinischen Friedenshoffnungen. Statt den Frieden zu bringen, könnten die Waffenstillstandsverhandlungen sehr leicht den „lokalisirten“ Krieg durch Hineinziehung anderer Staaten, — wenn auch nicht sofort — zu einem europäischen Krieg machen. Der russisch-türkischen Auseinandersetzung folgt jetzt die europäische. Und sie ist die schwierigere und gefährlichere.

— „Die Rundschau“ richtet an die Parteigenossen folgende beherzigenswerthe Ansprache:

„Gervorgerufen durch einen Beschluß des letzten Parteicongresses gaben sich die Herausgeber der Hoffnung hin, daß ebenso einmüthig, wie der Congress die Herausgabe des Blattes beschloß, die Parteigenossen und Freunde der sozialistischen Sache für die weiteste Verbreitung desselben eintreten würden. Leider wurde diese Voraussetzung getäuscht.“

Trotzdem die Parteigenossen an manchen Orten und besonders in den schlesischen und sächsischen Gebirgsdörfern mit größter Energie für die Verbreitung der „Rundschau“ eintreten und auch ganz anerkanntertheilte Erfolge erzielt, so blieb doch im Allgemeinen der Erfolg weit hinter den Erwartungen, besonders in den einzelnen großen Städten, zurück.

„Was soll man zu der Thatfache sagen, daß das schlesische Webersdorf Wüstegiersdorf mit seiner blutarmen Bevölkerung mehr Abonnenten auf die „Rundschau“ zählt, als die drei größten Städte Preußens: Berlin, Breslau und Köln zusammen?“

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieser Zustand mit dem neuen Jahre sich ändere, und daß es gelingt, die Auflage des Blattes auf eine solche Höhe zu bringen, wie sie ihm als Centralblatt für die sozialistische Agitation in Deutschland gebührt.

„Parteigenossen! Sorgt im neuen Jahre dafür, daß die Hoffnung der Herausgeber dieses Blattes keine trügerische sei, und daß durch massenhafte Verbreitung desselben der Zweck, den der Congress mit der Gründung desselben beabsichtigte, auch erreicht werde.“

Thue jeder Partei- und Gesinnungsgenosse seine Schuldigkeit!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Redaktion und Expedition der „Rundschau“.

„NB. Die „Rundschau“ kostet monatlich 25 Pfg. und erscheint in Hamburg.“

— Der Redakteur der „Fadel“, Genosse Künzel, ist vom Leipziger Gericht zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt worden wegen Beleidigung eines Gastwirths in Cythra.

— „Rückgang.“ Die neueste Nummer des erst seit wenigen Monaten bestehenden „Erzgebirgischen Volksblattes“ (für den Stollberger Wahlkreis und Umgegend) enthält folgende Bekannt-

Ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß hier in poetischer Weise zum Morde aufgefördert wird. Auch in dem Proletarier-Kiederbuch des Herrn Rost selbst sind Mahnrufe zur Revolution (S. 19):

Wir haben lang genug geharrt,
Man hat uns lang genug gemort,
Jetzt greifen wir zu unserem Recht,
Jetzt stellen wir uns zum Gesetz;
Es wird kein dummes Aufsecht,
Es flattert hoch die Fahne rot;
Arbeitsend leben oder kämpfend den Tod!

Jedenfalls darf Herr Rost nach diesen gedruckten Aeußerungen sich nicht wundern, daß ich sein Citat nach dem ursprünglichen Sinn aufgefaßt habe. Wöge er erklären, daß er wie seine Partei die blutige Revolution verwirft, und ich nehme meine Auffassung als ein Mißverständnis gern zurück. Damit wäre auch die Alternative beseitigt, die ich der Sozialdemokratie gegenüber ausgesprochen habe: innerlich überwinden oder äußerlich vernichten, wobei ich übrigens selbstverständlich an das Unschädlichmachen der Partei, nicht etwa an die Vernichtung der Personen gedacht habe. (Doch!) Daß ich das sozialistische System als solches verworfen und nur einige gesunde Forderungen des Sozialismus für berechtigt anerkannt habe, zeigt der Wortlaut meiner Rede, die bald gedruckt vorliegen wird. Unmöglich kann ich doch ein System anerkennen, das, wie ich ausdrücklich hervorgehoben habe, nur durch eine blutige Sozialrevolution in der Art der Kommune durchführbar wäre.

Schließlich darf ich wohl mit tiefem Schmerz darauf hinweisen, daß das „Tageblatt“ urtheilt, die Sozialdemokraten seien ihm noch lieber als unsere christlich-sozialen Arbeiterpartei. Mir erscheint die Möglichkeit eines solchen Urtheils in einer liberalen Zeitung als ein Unglück unserer Zeit. Ergebnisse: Hopprediger Stöder.“

Zum letzten Citat (nach dem Vers: „Arbeitsend leben oder kämpfend den Tod“) wird folgende Fußnote gemacht:

„Wer die Literatur der Sozialdemokratie kennt, der weiß, daß dieselbe zur Gewaltthat reizt und drängt.“

Wer dies netze Demagogik und Hagen verübt hat: ob der christlich-sozialen Stöder oder der liberal-manchesterliche Dornburg, wird nicht gesagt; es ist auch überflüssig — sie sind beide gleichmäßig, und wir wählen nicht, wenn wir die Palme ertheilen sollten. Was sollen wir aber zu der albernen Zumuthung des Hrn. Hopprediger sagen, Rost, bzw. unsere Partei möge erklären, daß sie die blutige Revolution ver-

machtung der Redaktion: „Den Freunden des „Erzgebirgischen Volksblattes“ können wir die erfreuliche Mittheilung machen, daß der Bestand des Blattes gesichert ist. Die Zahl der Abonnenten beträgt bereits 1200 und wird jedenfalls noch eine Steigerung erfahren. Wir sagen vorläufig Allen, welche für die Einführung des Blattes gewirkt haben, besten Dank und hoffen, daß sie in ihrem Bemühen, das junge Unternehmen zu fördern, nicht nachlassen werden.“

— Der Schriftsteller Herr Wilhelm Viebknecht hier ist anlässlich der Veröffentlichung des in Nr. 233 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 5. Oktober 1876 S. 1889 f. zum Abdruck gelangten Briefes, sowie zweien in den Nummern 3 und 5 des „Vorwärts“ vom 6. und 11. Oktober 1876 zum Abdruck gelangten, mit den Worten „Dummdreiß“, bez. „Gott behüte mich vor meinen Freunden“ beginnenden Artikel wegen Beleidigung des Herra Rechtsanwalts Dr. Hans Blum hier nach §§ 185, 186 und 73 des Reichs-Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe im Betrage von dreihundert Mark rechtskräftig verurtheilt worden, was gemäß § 200 Absatz 2 des angezogenen Reichsgesetzes hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 7. Januar 1878.

Königl. Gerichtsamt im Bezirksgericht, Abtheilung II. B. Vieker. Ortman.

Correspondenzen.

London, 8. Januar. Graf zu Münster, deutscher Votschafter zu London, ertheilte der auf einer öffentlichen deutschen Volksversammlung gegen die Importation deutscher Steinhauer, abgehalten am 23. Dezember v. J., ernannte Deputation heute früh eine Audienz. Die Deputation bestand aus den Herren Busch, Friede, Böbel, Hoffmann, Kai, Rändel, Rebe, Scherzer und Weber. Die Deputation wurde auf das freundlichste empfangen und Rändel, welcher vor einigen Tagen eine Privataudienz beim Votschafter hatte, führte die Deputation ein. Er setzte die Sachlage klar auseinander und machte im Hinweis auf das Betragen der Herren Agenten Rapp, Höfchle und Co. auf den § 144 des deutschen Strafgesetzbuches aufmerksam, welcher lautet: „Wer es sich zum Geschäft macht, Deutsche unter Vorspiegelung falscher Thatfachen oder wissenschaftlich mit unbegründeten Angaben zur Auswanderung zu verleiten, wird mit Gefängnis von einem Monate bis zu zwei Jahren bestraft.“ Herr Weber, Mitglied der nach Süddeutschland gesandten Deputation der englischen Steinhauer ergriff sodann das Wort und berichtete, auf welche Weise die Steinhauer in Süddeutschland bezwungen werden, hierher zu kommen und die Stellen der sich im Strike befindenden Engländer einzunehmen. Unter anderm betonte er auch, wie durch die Vermittlung des königlich württembergischen Hofrath Rauba die Verträge im Beisein der Agenten festgestellt und unterzeichnet werden, wodurch selbige einen offiziellen Charakter bekämen. Als Antwort auf die Frage des Votschafters: „Ob diese Verträge gebrochen worden seien?“ erklärte der Sprecher, daß der Vertrag Arbeit für 12 Monate und 9 Pence per Stunde garantirt, daß aber der letzte Paragraph des Contracts, welcher lautet: „Sobald die Arbeit ungenügend und die Regeln des Hrn. Bull nicht eingehalten werden kann der Arbeiter sofort ohne Entschädigung entlassen werden“, dem Arbeitgeber jeder Zeit die Macht gibt, den Contract zu brechen. Die Arbeiter ständen dem Arbeitgeber hilflos gegenüber, und erhielten in Wirklichkeit statt der versprochenen 9 Pence per Stunde nur 4 und 5 Pence, wozu noch komme, daß, da die Deutschen der englischen Sprache nicht mächtig seien, sie auch nicht im Stande wären, sich vor den Gerichten Recht zu verschaffen. Herr Weber führte weiter an, daß man den Steinhauern in Stuttgart gesagt hätte, daß dann, wenn man sie nicht vertragsgemäß bezahle und behandle, der Votschafter oder Consul sie nach Hause befördern müsse, worauf der Votschafter erwiderte, daß solches nicht stattfinden könnte.“ Der Graf zu Münster fragte dann, wie viel der englische Steinhauer verdiene, worauf ihm von der Deputation erwidert wurde, daß ein englischer Steinhauer durchschnittlich 35 bis 38 Schillinge per Woche verdiene und in den Wintermonaten beträchtlich weniger, was den Gesandten veranlaßte, seine Ansicht dahin auszusprechen, daß er kaum glaube, daß dieser Verdienst für eine so harte Arbeit zum Leben hinreichend sei, und daß der Verdienst der Steinhauer in Deutschland verhältnismäßig besser wäre. Nach Beantwortung mehrerer anderer Fragen durch verschiedene Mitglieder der Deputation sagte Herr Weber, daß die direkte Beteiligte der württembergischen Regierung bei der Importation der Steinhauer sehr unweise sei, indem dadurch das gute Einverständnis zwischen englischen und deutschen Arbeitern im allgemeinen getrübt

wird! Weiß denn der Pfaffe nicht, daß das schon hundertmal geschehen ist? Sind von Zweien, Entweder weiß er es nicht, und dann belundet er, der „Sozialist“, eine haarsträubende Ignoranz. Oder er weiß es, und dann — nun was dann, Herr Hopprediger? Jedenfalls lassen wir Ihnen die Wahl und — entlassen Sie hiermit auch auf unserm Gentiletton

— Wie der Mensch leicht zu einem Orden kommen kann. Dem Bureau-director des Abgeordnetenhauses, Geheime Rath Kleinschmidt, ist von dem König von Italien das Offizierskreuz des Ordens der italienischen Krone verliehen worden, und zwar in Anerkennung zuvorkommenden Verhaltens gegenüber der italienischen Botschaft und italienischen Reisenden von Distinktion.“ — Der Bureau-director des preussischen Abgeordnetenhauses ist wie jeder Beamte, der mit dem Publikum in Berührung kommt, verpflichtet, ein zuvorkommendes Verhalten gegen Jedermann zu beobachten, daß Herr Kleinschmidt dies auch gegen die italienischen Reisenden that, dafür erhielt er den Orden.

— Wer ist Grüneberg? Der plötzlich so „berühmt“ gewordene Paulus des evangelisch-christlich-sozial-monarchischen Partei, Schneidergehilfe Grüneberg, den man fälschlich mit dem früheren Ritterdactylar an der „Bergischen Volksstimme“, Grüneberg, verwechselte, ist früher in München gewesen und auf Antrag der Münchener Parteigenossen damals vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ausgeschlossen worden. Das Nähere werden die älteren Münchener Arbeiter mittheilen können. Darauf hat sich der zc. Grüneberg mehrere Jahre in Berlin aufgehalten, ist auch in einzelne sozialistische Versammlungen gekommen, hat sich aber aus nachfolgenden Gründen nicht an der Debatte beteiligt. Daß nun Herr Pastor Stöder in seinem bekannten Referat von einem Manne spricht, der zehn Jahre lang Agitator der sozialdemokratischen Partei gewesen sei, das beweist nur, daß sich Herr Stöder leicht etwas weis machen läßt und daß es diesem neuen Paulus ebensovienig darauf ankommt als dem alten Paulus, gelegentlich einmal die Unwahrheit zu sagen. — Die andern beiden „Paulusse“, Klinkhardt und Zielowsky sind neueren Datums, deshalb in der Partei besser bekannt und wenn wir nicht irren, beide (von Zielowsky wissen wir es gewiß) gleichfalls von der Partei ausgeschlossen worden.

Ein Kleeblatt ganz wie wir es den Sozial-Rudern wünschen.

würde, er glaube, daß in Bezug darauf besonders dem Bot- schafter Gelegenheit geboten sei, in dieser Sache handelnd ein- zutreten und seinen Einfluß geltend zu machen. Der Gesandte erwiderte: „daß er diese Importation der Steinhauer bedaure, denn er wisse, daß alle deutschen Arbeiter darunter leiden müßten, und er wolle im Interesse aller Deutschen eine Warnung in Deutschland ergehen lassen.“

Und damit war die Audienz beendet. Warten wir nun ab, was folgt.

Cassel. Wieder liegt ein Jahr der Thätigkeit, des Wirkens der sozialistischen Propaganda hinter uns. Wohl haben die meisten Kreise nach den bei den letzten Wahlen gebrachten Opfern das verfloßene Jahr hauptsächlich zum Sammeln neuer Kräfte nötig gehabt, und dennoch hat die Partei sowohl an Ausdehnung als an Gewinnung innerer geistiger Kraft zugenommen. Die Sozialdemokratie hat in der Begründung der wissenschaftlichen Diskussion ihrer Grundanschauungen in ihren eigens hierzu gegründeten Organen, der „Zukunft“ und der „Neuen Gesellschaft“, den Beweis geliefert, daß die Idee der Sozialdemokratie nicht „einzelnen Querschnitten“ entspricht, sondern daß niemand fehnlicher als die Sozialdemokraten selbst die wissenschaftliche Diskussion dieser, alles Althergebrachte aus den Fugen treibenden, ein neues von kleinlichem Egoismus befreites Menschengeschlecht erfordernden „Culturidee“ wünscht, und daß es ihr nur erwünscht sein kann.

Daß den Vertretern dieser „Culturidee“, die, gestützt auf die Wahrscheinlichkeit ihrer Anschauungen, dieselben mit einer Energie und Ueberzeugungstreue vertreten, wie sie kaum irgend eine Episode des Völkerebens aufzuweisen hat, auf dem geistigen Kampfplatz, Männer — wie der posthume „Dresdner Victor“, — obgleich derselbe bombastisch ausgesprochen, die Religion, die Wissenschaft und den gesunden Menschenverstand — wie reinit sich das zusammen? — als die Bollwerke, von welchen die Sozialdemokratie aus erfolgreich bekämpft werden könne, für sich allein in Generalpacht genommen zu haben, nicht Stand halten können, haben die leitenden Kreise unserer Gegner längst eingesehen, und es ist der letzte staatsretterische Akt derselben, die Gründung des „Staatsocialist“, wohl der unwiderleglichste Beweis hierfür.

Auch unsern Max läßt der traurige Ruhm Victor's nicht ruhen, er gründet die vom 1. Januar ab erscheinende „Soziale Frage“, welche in populär-wissenschaftlicher Form gehalten werden soll. Dieselbe wird den Beschlüssen des Geraer Congresses gemäß im Verlage des „Schwarzmeisters des Geraer Congresses“, Buchhändler Maurer hier, erscheinen. Ob diesem der Verlag der „Sozialen Frage“ das Defizit, welches denselben der Verlag der famosen „Kutschbach'schen Broschüre“, — welche in kaum 50 Exemplaren hier verkauft wurde, wieder einbringen wird? — Wir bezweifeln es. Jedenfalls sollen die Arbeiter wieder zum Opferthron verrannter Hirsch-Kutschbach'scher Projekte gemacht werden. Sorgen wir durch Agitation und Belehrung, durch Ausbreitung unserer Ideen dafür, daß diesen sauberen Patronen baldigst das Handwerk gelegt wird.

Zur Verbreitung resp. Befestigung unserer Grundsätze fanden bis Weihnachten in diesem Monat vier Versammlungen hier am Orte statt, sowie zwei combinirte Versammlungen der hiesigen Gewerkschaften, in welchen nach Vortrag Pfannkuch's über „Centralisation“ der Antrag Annahme fand, daß sich sämtliche Gewerkschaftsmitglieder für die Centralisation aussprechen, jedoch solle es jeder einzelnen Gewerkschaft überlassen bleiben, wenn sie sich für entwicelt genug halte, in den Reihen der zu existierenden Centralisation einzutreten. Am 2. December fand in Hulda eine Versammlung statt, in welcher bei überfülltem Saale Pfannkuch über das Thema „Was die Sozialdemokraten wollen“ sprach und sich eines ungetheilten Beifalles zu erfreuen hatte, so daß sämtliche Blätter Huldas dies constatirten mußten. Als Curiosum sei bemerkt, daß der „Heftische Beobachter“, der schon eine hässliche Notiz zum Druck bereit hatte, als das ultramontane wie auch das „Huldaer Kreisblatt“ erschienen, in welchen in höchst anständigem Tone anerkannt wurde, daß der dem Redner vorausgegangene Ruf vollständig von demselben gerechtfertigt worden sei; auch Nichtsozialisten seien mit seinen Ausführungen einverstanden gewesen — daß der „Heft. Beobachter“ hierauf seinen schon fertigen Satz umstieß und nur eine rein sachliche Notiz brachte. So ist die Taktik des Fortschritts beschaffen. In Rothenditmold und Sonderhausen, an welchen Orten Pfannkuch Versammlungen abhielt, war die alte Garde vollständig am Platz erschienen und wird dieselbe jetzt nachdrücklich neue Rekruten einzugreifen.

Im letztgenannten Dorfe konnte es sich der Sohn des dortigen Schulmeisters anlässlich des Umhanges, daß die Gebäulichkeiten, in welchen unsere Versammlung stattgefunden hatte, am nächsten Tage niederbrannte, nicht verjagen, seine Vermuthung dahin auszusprechen, ob wohl nicht die Rothen einen Racheakt ausgeführt hätten. Wir haben diese Vermuthung der militärischen Ausbildung des jungen Herrn zu gute gehalten; er konnte nicht wissen, daß von 100 in Sonderhausen am 10. Januar d. J. abgegebenen Stimmen 84 auf Wilhelm Fried gefallen sind, er wäre gewiß sonst vorsichtiger gewesen.

Die Arbeitslosigkeit nimmt, statt ab, täglich noch größere Dimensionen an und steht zu erwarten, daß, wenn erst die wenigen Feiertags-Aufträge erledigt sind, die andere Hälfte der Wintermonate eine sehr trübe Aussicht für die arbeitende Bevölkerung bieten werden.

Leipzig. Wie verlautet, gedenken die niederen Post- und Telegraphenbeamten einer Anzahl Städte an den Reichstag eine Petition einzubringen, in welcher unter Darlegung der traurigen Lage dieser Beamtenkategorie um eine Erhöhung des Gehaltes gebeten werden soll. Daß diese Petition, wenn sie wirklich an den Reichstag gelangen sollte, nur Material für den Reichstagspapierkorb abgeben wird, verkünden schon jetzt verschiedene nationalliberale Blätter, und zwar mit dem Hinzufügen, daß die Petenten von Glück sagen könnten, wenn der Generalpostmeister Stephan auf die Petition nicht mit der Einleitung des Disciplinargerichts antwortete. Das heißt mit anderen Worten, die Nationalliberalen geben den niederen Post- und Telegraphenbeamten schon jetzt zu verstehen, daß an eine Befürwortung der Petition seitens der Reichstagsmajorität nicht nur nicht zu denken sei, daß die Bittsteller vielmehr sehr gut thäten, wenn sie nicht die Unzufriedenheiten spielen und nach wie vor ohne Klagen ihre Pflicht erfüllen. Dieses Verhalten der Nationalliberalen gegenüber den berechtigten Klagen der unteren Post- und Telegraphenbeamten ist, so erbärmlich es auch an sich schon ist, um so empörender, als den höheren und gut bezahlten Beamten genannter Ressorts mit vollen Händen das gegeben wird, was man den unteren und darbenenden Beamten vorenthält. Man lese nur, was die „Fackel“ über dieses Kapitel zu erzählen weiß: „Beim Leipziger Telegraphenamte hat eine zweimalige Weihnachtsbescherung stattgefunden — beide Mal für die Beamten, die ein jährliches Einkommen von 3000 Mark und darüber beziehen, während die sämtlichen Unterbeamten leer ausgegangen sind. Nur einer von diesen Bedauernswerthen, die ein Jahres-

einkommen von 800 bis 1200 Mark haben, hat, als Vater von 9 Kindern und weil er bereits wiederholt um Unterstützung gebeten, eine Gratification von 30 Mark empfangen. Die höheren Beamten erhielten bereits acht Tage vor Weihnachten je 60—, 75—, 90—, 120 Mark und zu Weihnachten nochmals dieselben Beträge!“

Es läßt sich denken, daß diese Methode der Weihnachtsbescherung nicht allein in Leipzig praktiziert worden ist. Und diese Ungerechtigkeit wagt man Beamten zu bieten, die ihre Gesundheit daransetzen, um die riesige Arbeitslast bewältigen zu können, die ihnen aufgebürdet ist, und deren Klagen über zu niedrige Gehälter kein Ende nehmen!

Stollberg, 8. Januar. So wäre auch das Jahr 1877 seit acht Tagen in den Schooß der Vergangenheit gerollt, und es ist auch ein sehr trauriges gewesen, ein Jahr fast zum Verzweifeln. Auch hier hatte die Arbeitslosigkeit so manchen Opfer gefordert, und wenn so ein hungernder Arbeiter zu einem Arbeitgeber kam, so mußte er nicht selten die Worte hören: „Gehen Sie zu Liebkecht, der soll Ihnen Arbeit geben.“ Nach der Landtagswahl kamen auch einige Arbeiter zu dem Baumeister Uhlmann und soll derselbe ebenfalls solche Worte gebraucht haben. Gemiß sehr — charakteristisch für den Gegencandidaten Liebkecht's. Zu dem verfloßenen Bürgermeister kamen auch Arbeitssuchende und baten um Communarbeit. „Geht in's große Haus (Arbeitshaus) hinunter, da giebt's Arbeit“, sagte der „gestrenge“ Herr. Also, wo die Blödsinnigen in ihr Dasein führen, sollte der ehrliche Arbeiter auch hin. Bei der bevorstehenden Bürgermeistereiwahl mag man sich versehen, damit wenigstens ein Mann gewählt wird, der, wenn er selbst keine Arbeit schaffen kann, die Arbeiter wenigstens nicht verhöhnt.

Sainichen, 30. December 1877. Gestern fand hier im Saale des Weberinnungshauses eine den Verhältnissen angemessen gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Parteigenosse H. Dehne auf unser Ersuchen das Referat über die Tagesordnung: „Die Ursachen der heutigen Geschäftskrise und die Industrie in den Strafanstalten“ übernommen hatte. Genosse Dehne entlegte sich seiner Aufgabe in längerem Vortrage zu Aller Zufriedenheit, forderte am Schlusse seines Vortrages die Anwesenden zum Eintritt in die Partei und zur werththätigen Verbreitung unserer Presse („Vorwärts“, „Chemn. Fr. Presse“, „Rundschau“ und „Neue Welt“) auf und schloß mit einem Hinweis auf die zur Unterzucht ausliegenden Sammelbogen, denen die Denkschrift bezüglich der industriellen Gefährlichkeit beigelegt war. Zahlreiche Unterschriften erfolgten. — Gegner schienen nicht vorhanden zu sein, da sich auf zweimaliges Auffordern von Seiten des Vorsitzenden Niemand zum Worte meldete, und bedauern wir aufrichtig, daß die Gegner in unseren Volksversammlungen stets unsichtbar oder scheinbar stumm sind.

F. G.

Briefkasten
der Redaktion. Mehrere Briefe in Osnabrück: Derartige Nach- werte von anonymen Zeitungschreibern werden uns täglich zugeandt; es sind meistens nur schlecht gewasene Copien des Erlasses des Land- rathes von Osnabrück, des Herrn Silem, die bekannten Bettler und Vagabonden betreffen. Aus dem eingesandten Ausschnitt können wir übrigens nicht einmal den Namen der Zeitung erfahren, in welchem sich der Artikel: „Zur Arbeitsnoth“ von K. P. J. befindet. Der Herr schreibt: „Dann will es uns bedanken, daß von der Arbeitsnoth doch gar zu viel Gerede gemacht wurde.“ Einverstanden! Er hätte wenig- stens seinen ungewaschenen Mund halten sollen. Dann sagt der Edel- kundige: „Unsere Mitglieder können mit absoluter Sicherheit darüber ruhig sein, daß kein sie anbetelnder Osnabrücker darbt.“ Kein Osnabrücker darbt! Wir gratuliren dieser glücklichen Stadt — zu dem Sorgenmacher, der das behauptet. Und ferner: Wie gewonnen, so zerronnen — zu Ar- beiterfesten gehörte Champagner.“ Dabei fragen wir den Einsender ernstlich: Wollen Sie wirklich, daß wir uns mit solcher Vogage herum- schmeißen sollen? — O. K. K. in Düsseldorf: Morgengruß wird auf- genommen. Das andere Eingeladene nicht verwendbar. Hauptgrund: Staatsanwalt! — H. Z. in Cottbus: Wir verstehen nicht recht, was Sie mit der Notiz bezwecken; wollen Sie sich gütlich deutscher aus- sprechen. — H. in H.: Fernere Beiträge erwünscht.

der Expedition. Abonement der „N. W.“: Von der dor- tigen Buchhandlung E. Schmidt ist bei uns noch keine Bestellung ein- gelaufen, daher wir auch nicht eskutiren konnten. Es liegt entweder Saumseligkeit oder die Absicht, der „N. W.“ Abonnenten zu entscheiden, in der Richtberücksichtigung Ihrer Bestellung seitens der Schmidt'schen Buchhandlung. Stellen Sie an dieselbe die Frage betr. der „Garten- laube“, die Sie an uns gerichtet.

Achtung.
Sämmtliche Briefe etc. betreffs der centralisirten Gewerkschaften sind an Unterzeichneten zu adressiren.
H. Holzmann, Harburg, Lindenstraße Nr. 24a.

Quittung. Bgrn hier Ab. 1,25. Rchr Paris Ab. 4,75. Febr Josef Ab. 5,55. Herz Würzburg Ab. 20,00. Arch Oberdöbling Ab. 10,20. Aufmann Chicago Ab. n. Schr. 308,40. Franz Jägerndorf Ab. n. Schr. 16,82. Bernmann Gemme Ab. 5,15. Wmann Bodenheim Ab. 4,20. Bmgtrier Göttingen Ab. 7,50. Expedition d. „Hamb. Altonaer Volksblatt“ Ab. n. Schr. 1524,67. Bsch Neureudnitz Ab. 7,25. J. W. Wien Ab. 5,09. Franz Buda-Pest Ab. 50,98. Tgm hier Ab. 10,00. Esjn Wien Ab. 26,78. Schinjn hier Ab. 6,25. Schm Ebing Schr. 1,00. Vog Baden-Baden Schr. 2,20. Klingr Mainz Schr. 0,80. Ebd Görlitz Schr. 2,60. Bgrn Reichenhall Schr. 1,50. Wgtl Berlin Schr. 1,40.

Fonds für Gemafregelte.
Von J. Brndt in Oelsnitz 5,00, von Parteigenossen gesammelt im „Tauschen“ zu Anger 1,20.

Anzeigen etc.
Leipzig. Donnerstag, den 17. Januar, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Herrn Michael, gr. Windmühlensstr. 7:
Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Die Prügelfroste in den Schulen. Referent Kauerz. Der Agent.

Ottensen. Donnerstag, den 17. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeister's Salon, 1. Treppe:
Öffentliche Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Antrag Reiche's betr. Statuten-änderung.
F. Overhold.

Ottensen. Montag, den 21. Januar, in Burmeister's Salon zur
Fahnenweihe des Quartetts „Kassallea“
Großes Concert und Ball.
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Karte für 1 Herrn nebst Dame im voraus 40 Pfg. Damenkarten 15 Pfg., an der Kasse 50 und 20 Pfg. Karten sind an den bekanntesten Stellen und bei den Colporturen zu haben.
Das Comité.

Berichtigung.
In der Annonce Roh-Tabak-Verkauf von Gätjens ist der Wohnort unrichtig angegeben. Es muß — statt Hamburg — Altona, Rath- hausmarkt 36, heißen. [2,70]

L'Egalité.
Journal républicain socialiste.
(Organe du parti socialiste en France.)
Paraissant tous les dimanches à Lagny (près Paris)
2, rue du Chariot d'Or.
Abonnement: 3 mois: 3 Mark; — 6 mois: 5 Mark; — un an: 10 Mark. — On s'abonne, soit à la poste, soit en envoyant le montant au journal à Lagny.

Wir empfehlen
Grund- und Bodenfrage
von Wilhelm Liebknecht.
2. vervollständigte Auflage.
Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die bürgerliche Gesellschaft.
Ein Vortrag
gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wuppertals in
Elberfeld-Barmen
von
Joseph Dieckgen.
Preis 10 Pfg.
Die Expedition des „Vorwärts“
Leipzig.

Im Commissions-Verlage von N. E. Höhne in Leipzig, Eisen- straße 1, erschie- nen und ist durch alle Expeditionen sozialistische Blätter zu beziehen:

Das deutsche Reich
und seine Gesetzgebung.
Materialien für die sozialistische Agitation.
Von Bruno Geiser.
7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. Kap. 2. Die Reichsverfassung. Kap. 3. Die Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Kap. 4. Das Gesetz bezüglich der Abänderung des § 141 der Gewerbeordnung und des Hilfslosen- gesetz. Kap. 5. Das Postpflichtgesetz. Kap. 6. Das Wohnbeschlagnahm- gesetz. Kap. 7. Das B. schgesetz. Kap. 8. Die für das sozial-politische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläute- rungen nach Dovenhof, Schwarze etc. Kap. 9. Zur Statistik des deutschen Reichs.

Erschie- nen ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Ein Bilderbuch
für
kleine und große Kinder.
12 Tafeln
in Farbendruck.
25
Seiten Text.
Zusammengestellt
von
C. Neßbach.
Quart-Format. Preis 1 Mark 20 Pf. pro Stück.

Das Buch verdankt seine Entstehung den mannigfachen Anregungen wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekom- men sind, und wird hauptsächlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthsleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig. Expedition des „Vorwärts“
Färberstraße 12.

Wir empfehlen unseren Filialen, Colpor- teuren und Parteigenossen als Material zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt
statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis.
Leipzig.

Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstraße 12. II.
Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.